

Klaus Ness

### Von Brandenburg »lernen, heißt siegen lernen«?

*Seit der letzten Landtagswahl in Brandenburg koalitiert die SPD mit der Partei Die Linke. Obwohl explizit unterstrichen wurde, dass diese Regierung sich nicht als »Schlussstrichkoalition« versteht, wurde sie stark unter Beschuss genommen. Mittlerweile kann das Bündnis allen Widerständen zum Trotz einige Erfolge vorweisen. Aber kann es auch als Modell für andere Länder oder den Bund herhalten?*

**Klaus Ness**

(\* 1962) ist Generalsekretär der SPD Brandenburg.



klaus.ness@spd-fraktion.brandenburg.de

Der 27. September 2009 hat die politische Architektur der Parteienlandschaft durcheinandergewirbelt. An diesem Tag wurde die SPD aus der Bundesregierung abgewählt. Gleichzeitig zog die Partei Die Linke zum zweiten Mal und gestärkt in den Bundestag ein. Damit hat sich vorläufig ein Fünf-Parteien-System in Deutschland etabliert, das die Debatten über Mehrheitsbildungen in den Parlamenten in den nächsten Jahren bestimmen wird.

Ebenfalls am 27. September 2009 wurde in Brandenburg ein neuer Landtag gewählt. Dass Landtagswahl und Bundestagswahl an einem Tag stattfinden, hat es auch schon in anderen Bundesländern gegeben. Die Erfahrung bisheriger Zusammenlegungen zeigt, dass das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl auch die Stimmabgabe zur Landtagswahl bestimmte. Die Abweichungen zwischen Landtagswahl- und Bundestagswahlergebnissen der jeweiligen Parteien bewegten sich bisher bei 1-2 %. Eine Analyse des Wahlverhaltens der Bran-

denburger zeigt jedoch, dass diese Regel in Brandenburg durchbrochen wurde. Die Brandenburger SPD erhielt bei der Bundestagswahl 25 % der Zweitstimmen und landete hinter der Partei Die Linke auf Platz 2, bei der Landtagswahl erreichte die SPD aber 33 % und wurde erneut vor den Linken stärkste Kraft. Im Vergleich zur Landtagswahl 2004 legte die Brandenburger SPD gegen jeden Bundestrend sogar ein Prozent zu, während Die Linke leicht verlor. Die Brandenburger CDU übrigens scheiterte wie auch 2004 an der ungeschriebenen Volkspartei-Hürde von 20 %.

Eine Spreizung von acht Prozent bei zwei Wahlen an ein und demselben Tag für eine Partei ist eine Besonderheit, deren Ursachen genauer betrachtet werden müssen. Möglicherweise lässt sich daraus auch etwas für die Zukunft der SPD auf Bundesebene lernen. Was unterschied also die Brandenburger SPD aus Sicht der Wählerinnen und Wähler von der Bundespartei? Der wichtigste Punkt zuerst: Die Brandenburger Sozialdemokraten hatten im Gegensatz zur Bundes-SPD eine klare Machtperspektive. Sie gingen zwar ohne Koalitionsaussage in den Wahlkampf, konnten aber glaubhaft vermitteln, dass sie stärkste Partei bleiben könnte, da sowohl CDU als auch Die Linke unter ihrer Führung mit ihnen koalieren würden. Auf Bundesebene hingegen konnte die SPD keine realistische

Option zur Mehrheitsbildung vermitteln. Eine Partei, die aber ihre Anhänger zur Stimmabgabe mobilisieren will, muss deutlich machen können, dass sich die Stimmabgabe für sie »lohnt«, der Wähler also eine Chance hat, mit seiner Stimmabgabe auf der »Siegerseite« zu sein. Da die Bundes-SPD aber keine realistische Mehrheitsoption vermitteln konnte, demobilisierte sie ihre eigenen Anhänger.

### **Die »naturwüchsige« Brandenburger Regierungspartei**

Ein weiterer wesentlicher Unterschied zwischen Brandenburger SPD und Bundes-SPD, den die Wählerinnen und Wähler aufmerksam registrierten, war das Verhältnis zur eigenen bisherigen Regierungsarbeit. Während die Bundes-Partei ihr eigenes Unbehagen an den Ergebnissen ihrer elfjährigen Regierungsarbeit auf Bundesebene und ihrer Rolle als Juniorpartner in der Großen Koalition zelebrierte, verwies die Brandenburger SPD voller Stolz auf ihre Regierungsbilanz der vergangenen Jahre. Während die Bundes-SPD den Eindruck vermittelte, sich nach Regeneration in der Opposition zu sehnen, stellte sich die SPD in Brandenburg als »naturwüchsige« Regierungspartei im Land dar. Während die Bundes-SPD in den vergangenen Jahren es nicht vermochte, den Eindruck einer geschlossenen und entschlossenen Partei zu vermitteln – auch bedingt durch häufige Personalwechsel in der Führung –, gelang dies der Brandenburger SPD mit ihrem Ministerpräsidenten Matthias Platzeck an der Spitze.

Von dem früheren Bundeskanzler Gerhard Schröder stammt der schöne Satz »Zuerst das Land, dann die Partei«. Dieser Satz hat bei zahlreichen Mitgliedern und Funktionären der SPD in den vergangenen Jahren viel Unbehagen ausgelöst, da sie die Notwendigkeit von Regierungspolitik und das Seelenleben der Partei nicht mehr in

Einklang bringen konnten. Wählerinnen und Wähler interessieren sich für das Seelen- und Binnenleben von Parteien aber nur sehr begrenzt. Sie erwarten mit Recht, dass Parteien als »Dienstleister der Demokratie« Geschlossenheit und Entschlossenheit demonstrieren – und sich nicht als im Selbstfindungsprozess gerieren. Das gelang der Brandenburger SPD in den zurückliegenden Jahren deutlich besser als der Bundes-Partei.

Am Tag nach der Wahl musste die Brandenburger SPD entscheiden, mit welchem Partner sie in den kommenden fünf Jahren die Regierungsverantwortung teilen will. Die vergangenen zehn Jahre hatte die SPD eine Koalition mit der CDU gebildet. Diese Regierungsarbeit hatte eine deutlich ökonomische Modernisierung Brandenburgs zur Folge. Der Regierungspartner CDU hatte sich in dieser Zeit aber innerparteilich deutlich verschlissen. Andauernde Personalkämpfe innerhalb der CDU hatten immer wieder auch zu Spannungen in der Regierungszusammenarbeit geführt. Das Ausscheiden wichtiger Regierungsmitglieder wie des Innenministers Jörg Schönbohm und des Wirtschaftsministers Ulrich Junghanns in Folge der innerparteilichen Auseinandersetzungen in der CDU haben bei der Brandenburger SPD das Vertrauen in die dauerhafte Verlässlichkeit des alten Koalitionspartners deutlich schrumpfen lassen. Weiter waren die Auseinandersetzungen zwischen der Brandenburger SPD und der CDU in Fragen der Sozial- und Bildungspolitik in der Regierungszusammenarbeit erheblich angestiegen. Aus der Brandenburger SPD heraus war in den vergangenen Jahren das Konzept des »vorsorgenden Sozialstaates« entwickelt und in die bundesweite Debatte der SPD eingebracht worden. Daraus abgeleitete konkrete Politikprojekte wie die Einführung eines Schüler-BAföGs oder ein längeres gemeinsames und integratives Lernen waren aber mit der CDU nicht umsetzbar. Auch die Tatsache, dass auf Bundesebene in Zukunft

eine schwarz-gelbe Koalition regieren würde, ließ in der Brandenburger SPD den Wunsch nach einem Partnerwechsel wachsen, um nicht im Bundesrat durch den Koalitionspartner CDU in eine Dauerenthaltung gezwungen zu werden.

**Regierung ist keine  
»Schlussstrichkoalition«**

Trotzdem fiel den Brandenburger Sozialdemokraten die Bildung einer Koalition mit der Nachfolgerpartei der SED nicht leicht. Dies erklärt sich vornehmlich aus der Geschichte der ostdeutschen Sozialdemokraten. Die SPD in Ostdeutschland wurde noch zu Zeiten der DDR in bewusster Gegnerschaft zur Diktatur der SED gegründet. Ziel der Gründung war es, das Machtmonopol der SED zu brechen und der Demokratie zum Durchbruch zu verhelfen. Dazu war es notwendig, die SED von der Macht zu verbannen. Nun, 20 Jahre später die Nachfolgerpartei der SED wieder an der Regierungsmacht zu beteiligen, bedurfte daher vieler innerparteilicher Debatten in der Brandenburger SPD. Zu der

Entscheidung trug letztlich auch bei, dass 20 Jahre nach der friedlichen Revolution die Demokratie in Ostdeutschland unzweifelhaft gefestigt ist. Und zu dieser Demokratie gehört auch die Linkspartei, der in Brandenburg sowohl von der organisatorischen Verankerung als auch von der Wählerakzeptanz her der Status einer demokratischen Volkspartei zugesprochen werden kann. Die Brandenburger Linke in ihren Führungsstrukturen als Partei von »Altkommunisten« zu definieren, führt an der Realität vorbei. Die meisten Funktionsträger auf der Landesebene sind heute um die 50, waren also zur Zeit der Wende Ende 20/Anfang 30. Diese Gruppe für die Zwangsvereinigung, die stalinistischen Verbrechen in den 50er Jahren oder den Mauerbau verantwortlich zu machen, ist widersinnig. Trotzdem ist von der Partei Die Linke weiter zu verlangen, dass die Auseinandersetzung mit der DDR-Diktatur nicht nachlässt. In der Präambel des Koalitionsvertrages nimmt dieses Thema breiten Raum ein und es ist ausdrücklich festgehalten, dass diese Regierung keine »Schlussstrichkoalition« ist. Trotzdem wurde die neue Brandenburger Landesregierung von Anfang an

unter starken Beschuss genommen. Der damalige Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble sprach noch vor der Wahl Platzecks im Landtag von einer »Koalition der Schande«, *Bild* sprach nur noch von »Platzecks Stasiregierung« und in den übrigen Blättern der *Springer*-Presse bekam jeder bedeutende und unbedeutende Zeitgenosse breiten Raum, wenn er nur seine Abscheu über den »Verrat Platzecks an 1989« möglichst lautmalend ausbreitete. Keine Landesregierung der vergangenen Jahrzehnte sah sich mit einer solchen bundesweiten publizistischen Gegenkampagne konfrontiert. Vor diesem Hintergrund ist es nicht überraschend, dass diese offensichtlich überzogene Gegenkampagne die beiden neuen Koalitionspartner in den ersten Monaten eher zusammengeschweißt hat. Überraschender ist hingegen, dass die Kampagne die Brandenburger vollständig unbeeindruckt lässt. In der jüngsten Umfrage erklärten 34 %, die SPD zu wählen, und weitere 28 % sprachen sich für Die Linke aus. Der Vorsprung der rot-roten Landesregierung vor dem schwarz-gelben Oppositionslager ist damit auf 36 % gestiegen! Darin zeigt sich sicherlich der schon fast sprichwörtliche »Brandenburger Eigensinn«, aber natürlich auch die Akzeptanz der bisherigen Regierungsarbeit.

### **Es kann gelingen**

Denn die neue Regierung macht mit ihrem Ansatz aus dem Koalitionsvertrag, eine »vorsorgende Politik« zu betreiben, richtig Ernst. Zu den ersten Maßnahmen gehört, dass ab 1. Oktober 2010 knapp 1.000 neue Erzieher eingestellt werden, um den Betreuungsschlüssel in den Kitas deutlich zu verbessern, außerdem werden zu Beginn des nächsten Schuljahres 450 neue Lehrer eingestellt, im Laufe der Legislaturperiode insgesamt 1.250. Ebenfalls zu Beginn des nächsten Schuljahres führt Brandenburg als erstes Bundesland ein Schüler-BAföG

für die gymnasiale Oberstufe für Kinder aus einkommensschwachen Familien ein. Mehr Bildungsgerechtigkeit und gleichzeitige Qualitätsverbesserung wird damit zu einem ersten Schwerpunkt der neuen Landesregierung. Bis zum Ende des Jahres wird Brandenburg darüber hinaus ein Vergabegesetz haben, mit dem festgelegt wird, dass öffentliche Auftragsvergabe an einen Mindestlohn gekoppelt ist.

Ob die Brandenburger Landesregierung ein Modell für andere Bundesländer oder gar den Bund wird, ist gegenwärtig nicht abschließend zu beurteilen. Das ist zumindest auch für die Brandenburger SPD nicht der Anspruch. Eine Landesregierung sollte immer zuerst mit dem Anspruch gebildet werden, dem jeweiligen Land eine Regierung zu geben, die die Probleme der Zeit erkennt und löst. Wenn dabei Erfahrungen gemacht werden, die in anderen Ländern helfen, ist das ein schöner Nebeneffekt. In Brandenburg haben die Landesverbände zweier Parteien mit ihrer spezifischen Geschichte und Erfahrung vereinbart, eine Regierung für den Zeitraum von fünf Jahren zu bilden. Die Erfahrungen der ersten sechs Monate zeigen, dass es gelingen kann, die für das Land vereinbarten Ziele zu erreichen.

Die Erfahrungen der Brandenburger Linken werden sicherlich auch in die Debatte ihrer Bundespartei eingebracht. Welche Konsequenzen die Bundespartei daraus zieht, ist gegenwärtig noch nicht absehbar. In den ostdeutschen Landesverbänden der Linken setzt sich zusehend ein Kurs realistischer Politik durch, der eine respektvolle Akzeptanz der SPD als bevorzugten Bündnispartner einschließt. Ob dieser Kurs mehrheitsfähig in der Bundespartei wird, entscheidet darüber, ob die Partei Die Linke eine Zukunft hat und sich zu einem potenziellen Bündnispartner für SPD und Grüne auf Bundesebene entwickeln kann. Das ist gegenwärtig offen und die Klärung dieser Frage wird auch noch einige Jahre in Anspruch nehmen.